

Wirtschaftswachstum in Europa – Wann kommt die Wende?

von: *Gabriel Gniesser, LL.B. (WU)*

Gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) lud das Institut für Europarecht und Internationales Recht am 16. Dezember 2013 zur Diskussionsveranstaltung „Wirtschaftswachstum in Europa – Wann kommt die Wende?“.

Zu diesem Thema diskutierten **Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger**, Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, und die Mitglieder des Europäischen Parlaments **Heinz K. Becker** (EVP), **Mag. Jörg Leichtfried** (S&D) und **Mag. Ulrike Lunacek** (Grüne/EFA) unter Einbindung des Publikums. Die Veranstaltung wurde von **Vizerektorin ao. Univ.Prof. Dr. Edith Littich** eröffnet und von **Mag. Paul Schmidt**, Generalsekretär der ÖGfE, moderiert.



© *Brunnbauer/Schnür*

Mit ihrer Begrüßung brachte *Vizerektorin Littich* ihren Stolz über den WU-Neubau zum Ausdruck und betonte die Rolle der Universitäten als Stätten der Forschung, der Lehre und der Diskussion. Europa brauche ein modernes Bildungssystem; die Politik sei dazu berufen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die jüngsten Signale der Politik in dieser Beziehung seien daher „nicht nachvollziehbar“, so die Vizerektorin.

Anschließend war es an *Karl Aiginger*, den Anwesenden die aktuelle Wirtschaftslage und –prognosen näher zu bringen. So sei die „kleine Wende“ in Europa zwar bereits absehbar, die „große Wende“ jedoch nicht. Das zu erwartende Wirtschaftswachstum in Europa sei noch zu niedrig und es läge an den Mitgliedstaaten, Themen wie die Arbeitslosigkeit, Energieeffizienz und Militärausgaben anzugehen.



© *Brunnbauer/Schnür*

Auch *Heinz K. Becker* beklagte die hohe Arbeitslosigkeit, die bereits zu demokratiepolitischen Problemen führe. Man müsste „viel mehr Geld in die Hand nehmen“ um veraltete Bildungssysteme außerhalb Zentraleuropas zu reformieren. Nüchtern betrachtet, eröffnete eine Stabilisierung der Südstaaten auch schlicht Exportmärkte für Österreich.

Nach der Ansicht *Jörg Leichtfrieds* seien besonders die hohen Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten nicht mehr zeitgemäß. Auch angesichts der aggressiven Steuervermeidung multinationaler Konzerne sei die EU gefordert, für europaweit einheitliche Regeln zu sorgen. Dies beinhalte auch endlich die Einführung der Finanztransaktionssteuer.



© Brunnbauer/Schnür

Auch sonst griffen die Diskutanten einen umfassenden Bereich an Themen auf – von der Bürgerinitiative über Datenschutz zur Bankenregulierung. Die rege Beteiligung des Publikums, dessen Fragen auch über Facebook und Twitter live übertragen wurden, führte dazu, dass die Diskussion weit länger als geplant fortgesetzt wurde. Bei der letzten Diskussionsrunde, die der bevorstehenden Wahl des Europäischen Parlaments gewidmet war, lautete der Appell der Abgeordneten passenderweise: „Mischen Sie sich ein!“

Während sich auch *Ulrike Lunacek* für die Finanztransaktionssteuer aussprach, verwies sie darauf, dass dabei nun die Mitgliedstaaten am Zug seien. Das Europäische Parlament habe ja bereits dafür gestimmt – mehrmals. „Bei politischem Willen und passenden Strukturen hätten wir diese Krise viel besser meistern können“, so die EP-Vizepräsidentin. Es wäre demnach an der Zeit „Strukturreformen durchzuführen und Vertragsänderungen durchzubringen“.



© Hartlieb